



---

## **Haupt- und Medienausschuss**

### **24. Sitzung (öffentlich)**

13. Oktober 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD) (Vorsitzender);  
Oliver Keymis (GRÜNE) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Der Ausschuss setzt den Punkt „Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)“ einstimmig von der Tagesordnung ab.

Der Ausschuss setzt den Punkt „Fünfzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen von der Tagesordnung ab.

Auch der damit verbundene Antrag „Neuordnung der Rundfunkfinanzierung darf nicht zur Mehrbelastung und Ausforschung der Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen führen“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss setzt sodann den Punkt „Für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Mehr Qualität statt Kommerz soll das Programm bestimmen“ einstimmig von der Tagesordnung ab

## **1 Termine**

**17**

Der Ausschuss beschließt über ein Meinungsbild, den Punkt „15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ am 1. Dezember im Ausschuss und am 8./9. Dezember im Plenum zu behandeln.

In einem Obleutegespräch soll gemeinsam mit dem HFA die zum Entwurf der CDU-Fraktion für ein „Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Art. 83)“ Drucksache 15/1068 (Neudruck) vorgesehene Anhörung terminiert werden.

Der Ausschuss kommt überein, auch die zum Antrag der FDP-Fraktion „Kein neues Spartenangebot Jugendkanal bei ARD und ZDF“ Drucksache 15/1919 beantragte Anhörung im nächsten Obleutegespräch zu terminieren.

## **2 Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen zügig vorantreiben – Standortqualität für ländliche Räume durch bessere Versorgung erhöhen**

**20**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/2375

Der Ausschuss diskutiert. – Staatssekretär Marc Jan Eumann (Staatskanzlei) sagt zu, dem Ausschuss über weitere Fortschritte im Breitbandausbau zu berichten.

**3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 25**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 15/2768

Ausschussprotokoll 15/297

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen (*Tischvorlage*) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Linker an.

In der Schlussabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Linker, den Gesetzentwurf Drucksache 15/2768 in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

**4 „Etablierung eines Regierungsviertels“ 31**

– Sachstandsbericht der Landesregierung

Dem Bericht von Staatssekretär Dr. Rüdiger Messal (Finanzministerium) folgt eine Diskussion. – Der Vorsitzende will den Landtagspräsidenten bitten, in einer der nächsten HMA-Sitzungen über Pläne im Zusammenhang mit der Villa Horion zu berichten. – Im Ausschuss wird der Wunsch laut, sich einmal gemeinsam Gedanken über bauliche Vorhaben des Landes in Düsseldorf zu machen.

**5 Zukunftsperspektiven des Lotteriemonopols / Glücksspielstaatsvertrag 35**

– Sachstandsbericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen umfassenden Bericht vom Chef der Staatskanzlei entgegen. – Die Obleute sollen sich über die mögliche Terminierung einer Anhörung austauschen.

**6 Lese- und Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken 41**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2367

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss beschließt, den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2367 ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend weiterzuleiten.

**7 Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder 42**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Art. 62 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 15/2747

Vorlage 15/761

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 62 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 15/2747 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Linken an.

**8 Verschiedenes 45**